



Bericht über die Sitzung des Gemeinderates vom 14.12.2023

Zu Beginn der Gemeinderatssitzung in der Stadthalle begrüßte Bürgermeister Deinet die anwesenden Stadträte und Bürger und stellte fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde. Zu Beginn der Sitzung fragte ein Anlieger der Burg in Otterswang nach, wie der Shuttlebusbetrieb zum Eventbetrieb auf der Burg gewährleistet werden wird. Bürgermeister Deinet erwiderte, dass die Stadtverwaltung nur die bauplanungsrechtliche Zuständigkeit inne hat, beim Shuttlebetrieb aber keine Entscheidungsgewalt habe. Auch bezüglich der Parkplätze sei die Entscheidung nicht Sache der Stadtverwaltung. Stellvertretender Bauamtsleiter Rueß ergänzte, dass pro 6 – 12 m² 1 Stellplatz zur Verfügung gestellt werden muss, dies bedeute bei der aktuellen Fläche 16 Stellplätze für den Eventbetrieb. Dazu kommen noch 1,5 Plätze für den Wohnraum.

Vor Einstieg in die Tagesordnung informierte Bürgermeister Deinet über die Sanierung der Werkrealschule. Bei den vorbereitenden Schadstoffuntersuchung ergab sich, dass die Sanierung aufgrund des Austretens von Schadstoffen verzögert wird. Die verlegten PVC-Fliesenböden enthalten Asbest, ebenso die verwendeten Klebstoffe zur Verbindung mit dem Untergrund. Alternativ wurden in vereinzelt Nebenräumen teerhaltige Boden-Fliesen verlegt. Bürgermeister Deinet erläuterte weiter, dass der Gemeinderat und die Verwaltung nach Bekanntwerden der Beprobungsergebnisse umgehend gehandelt haben und sich über die Sachlage vor Ort von den Architekten und dem Schadstoffgutachter informieren ließen und dann intensiv über den Fortgang der Baustelle beraten wurde. Laut Aussage des Gutachters sei es eher unwahrscheinlich, dass Schadstoffe in die Umgebungsluft geraten sind und dadurch Schüler oder Lehrkräfte gefährdet wurden. Bürgermeister Deinet verwies auf eine entsprechende Pressemitteilung, die auf der Homepage der Stadt veröffentlicht wurde. Ebenso wurde die Presse informiert, die einen entsprechenden Artikel veröffentlichen wird.

Baugesuche

Zu den eingegangenen Baugesuchen hielt stellvertretender Bauamtsleiter Rueß die Sachvorträge. Dem geänderten Bauantrag zum Umbau eines bestehenden Wohnhauses mit Gaststätte, Abbruch und Neubau einer Garage, Nutzungsänderung: die ehemalige Gaststätte mit Eventbetrieb soll zukünftig nur noch als Eventbetrieb genutzt werden – Speisen werden von externen Caterern verzehrbereit geliefert auf Flst. 806, Burg 3 in Bad Schussenried-Otterswang wurde zugestimmt. Der Ortschaftsrat konnte in seiner vergangenen Sitzung hierzu keinen Beschluss fassen.

Dem Antrag auf Bauvorbescheid zum Umbau eines ehemaligen Ökonomiegebäudes zu einem Wohnhaus mit einer Wohnung und Einliegerwohnung auf Flst. 70/1, Bergstraße 14 in Bad Schussenried-Steinhausen, wurde einstimmig zugestimmt. Hier hatte der Ortschaftsrat Steinhausen ebenfalls zugestimmt. Dem Bauantrag zum Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage auf Flst. 257/3, Wendelinusstraße 46/1 in Bad Schussenried-Hopferbach, wurde einstimmig zugestimmt. Auch hier hat der Ortschaftsrat Otterswang zugestimmt. Ebenfalls einstimmig zugestimmt wurde dem Neubau an das Gebäude Technik Gerätehaus Feuerwehr / Büro und Sozialräume, 3-geschossiges Gebäude in massiver Bauweise gebaut, Änderung Fassade bestehendes Gebäude Nr. 05 – Umnutzung von Umkleide-/Sanitäräume und Sozialräume zu Büroräumen auf Flst. 166/1, Pfarrer-Leube-Straße 29 in Bad Schussenried.

Vorstellung Große Landesausstellung

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren zusätzlich anwesend Herr Warnecke, Herr Liebinger vom Landesmuseum Württemberg und Frau Spielvogel, die die Koordination im Neuen Kloster in Bad Schussenried übernimmt. Das Landesmuseum organisiert die Große Landesausstellung 2025 und führt sie durch. Ein Teil der Landesausstellung wird im Kloster Bad Schussenried stattfinden. Anhand einer Präsentation wurden die geplanten Umbaumaßnahmen und die inhaltliche Gestaltung der Ausstellung vorgestellt.

Bebauungsplan „Industriegebiet Bühlwiesen“

Stellvertretender Bauamtsleiter Rueß hielt den Sachvortrag. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 20.10.2022 die Planbilligung und den Auslegungsbeschluss gefasst, die Auslegung wurde jedoch nicht durchgeführt, da sich in den Unterlagen noch zahlreiche Änderungen ergeben haben. Die Änderungen wurden von Herrn Adler und Herrn Werner vom Büro Sieber Consult vorgestellt, die zusätzlich an der Sitzung anwesend waren. Nach kurzer Diskussion wurde einstimmig beschlossen, den Bebauungsplanentwurf zum Bebauungsplan „Industriegebiet Bühlwiesen“ und die örtlichen Bauvorschriften hierzu zu billigen und den Bebauungsplan öffentlich auszulegen. Ebenso beschloss der Gemeinderat zum Bebauungsplan „Industriegebiet Bühlwiesen“ den Erlass einer Satzung über örtliche Bauvorschriften.

Freiwillige Feuerwehr – Bestätigung der Wahl des Abteilungskommandanten und dessen Stellvertreter der Abteilung Steinhausen

Hauptamtsleiter Mutter hielt anhand der Vorlage den Sachvortrag. Ohne weitere Diskussion stimmte der Gemeinderat einstimmig der Wahl von Moritz Klaiber als Abteilungskommandant und Herrn Felix Schmid als stellvertretenden Abteilungskommandant der Abteilung Steinhausen zu.

Geplante Zusammenführung der Komm.Pakt.Net mit der OEW Breitband GmbH

Stadtkämmerer Kubot hielt den einleitenden Sachvortrag. Bereits seit Gründung der OEW Breitband GmbH ist Komm.Pakt.Net hierin als Gesellschafterin beteiligt. Komm.Pakt.Net und OEW Breitband GmbH arbeiten bereits heute im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages eng zusammen, um möglichst große, attraktive und geschlossene kommunale Netze zu erschließen und durch Kompetenzbündelung bestmögliche Synergien im Ausbau zu erzielen. Grundgedanke des öffentlich-rechtlichen Vertrags ist, dass Komm.Pakt.Net im Wesentlichen die gesamte Geschäftsbesorgung der OEW Breitband GmbH übernimmt. Um die Effizienz im Breitbandausbau und der Verwaltung der bestehenden geförderten Breitbandnetze zu steigern ist beabsichtigt, die Aufgaben von Komm.Pakt.Net auf die OEW Breitband GmbH zu übertragen. Dies soll im Wege der Einzelrechtsnachfolge geschehen, indem die einzelnen Vertragsverhältnisse auf die OEW Breitband GmbH übertragen werden. Im Anschluss soll die Komm.Pakt.Net aufgelöst werden. Stadtkämmerer Kubot informierte weiter, dass mehrere Kommunen bereits signalisiert haben, eigene Wege zu gehen und der Zusammenführung nicht zustimmen werden.

Nach kurzer Diskussion erging folgender einstimmiger Beschluss: Der Bürgermeister wurde ermächtigt, im Verwaltungsrat von Komm.Pakt.Net KAöR für die Auflösung der Kommunalanstalt zu stimmen. Vorbehaltlich der Auflösung von Komm.Pakt.Net KAöR wird der Bürgermeister in Bezug auf die bestehenden Pachtverträge zwischen den einzelnen Kommunen / Landkreisen und Komm.Pakt.Net KAöR ermächtigt, im Verwaltungsrat von Komm.Pakt.Net KAöR für den Abschluss von Überleitungsverträgen eben dieser Pachtverträge mit der OEW Breitband GmbH zu stimmen. Dies gilt unter dem Vorbehalt, dass die Kommune oder der Landkreis eine Übertragung der Aufgaben auf ihrem Gebiet auf die OEW Breitband GmbH wünscht. Vorbehaltlich der Auflösung von Komm.Pakt.Net KAöR wird der Bürgermeister ermächtigt, im Verwaltungsrat von Komm.Pakt.Net für die Fälle, in denen Kommunen oder der Landkreis einer Überleitung des Pachtvertrages auf die OEW Breitband GmbH zugestimmt haben, einer Überleitung der zugehörigen Netzbetriebsverträge von Komm.Pakt.Net KAöR auf die OEW Breitband GmbH zuzustimmen. Vorbehaltlich der Auflösung von Komm.Pakt.Net KAöR wird der Bürgermeister weiter ermächtigt, im Verwaltungsrat für den Abschluss von Aufhebungsverträgen bezüglich der jeweiligen Pachtverträge von Komm.Pakt.Net KAöR mit den Kommunen

oder Landkreisen zu stimmen, die keine Überleitung des Pachtvertrags von Komm.Pakt.Net KAÖR auf die OEW Breitband GmbH wünschen. Vorbehaltlich der Auflösung von Komm.Pakt.Net KAÖR wird der Bürgermeister ermächtigt, im Verwaltungsrat von Komm.Pakt.Net für die Fälle, in denen die Kommunen oder der Landkreis eine Auflösung der jeweiligen Pachtverträge mit Komm.Pakt.Net KAÖR wünschen, der Überleitung der zugehörigen Netzbetriebsverträge auf die jeweilige Kommune oder den jeweiligen Landkreis zuzustimmen

Unter den Punkten „Bekanntgaben und Verschiedenes“, „Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse“ und „Anfragen aus dem Gemeinderat“ gab es keine Vermeldungen.

Herr Blumenschein hatte unter dem Punkt „Anfragen aus der Einwohnerschaft“ die Anregung, dass auch die Bad Schussenrieder Michel Marti und Jakob Stuber eventuell in die Große Landesausstellung mit einbezogen werden können. Dies wird so an die Verantwortlichen weitergeleitet.

Zum Ende der Sitzung bedankte sich Gemeinderat Dangel im Namen aller Gemeinderäte für die geleistete Arbeit und das gute Miteinander bei der Stadtverwaltung mit ihren Dienststellen und den Ortsverwaltungen. Bürgermeister Deinet erwiderte diesen Dank auch an die Gemeinderäte und deren Familien.

Anschließend beendete Bürgermeister Deinet mit guten Weihnachtswünschen die öffentliche Sitzung.